



## **Erklärung der Public Services International zur 9. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO Bali, Indonesien, 3.-6. Dezember 2013**

Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hat die Folgen der jahrzehntelangen, konzerngesteuerten Globalisierungspolitik längst am eigenen Leib zu spüren bekommen. Millionen von ihnen haben bis heute keine Arbeit und die weltweite Jugendarbeitslosigkeit ist akuter denn je. Die Ungleichheit wächst, zugleich werden hochwertige öffentliche Dienste abgebaut und die Arbeitnehmerrechte untergraben. Die Liberalisierung der Rohstoffmärkte und die damit einhergehende Finanzspekulation haben katastrophale Preisschwankungen und Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung ausgelöst, mit denen die Menschen in unsägliches Elend gestürzt und ein Verlust an Menschenleben verursacht wurde, der vermeidbar gewesen wäre. Die durch das leichtsinnige und unkontrollierte Vorgehen der privaten Finanzmärkte verschuldete globale Wirtschaftskrise stürzt ArbeitnehmerInnen in Not und Elend und wird nun auch noch als Grund angeführt, um sie mit fehlgeleiteten Sparmaßnahmen zu bestrafen.

Die Liberalisierung des Handels hat großen Schaden angerichtet und nur wenig zur Lösung der grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit beigetragen. Das Versprechen der Märkte, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, wurde nicht gehalten, stattdessen hat die Privatisierung die Umweltkatastrophen vielfach mit verursacht. In viel zu vielen Ländern steckt die Entwicklung unverändert fest. Ein universeller Sozialschutz, menschenwürdige Arbeit und Löhne, von denen man leben kann, sind für die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung ein unerreichbarer Luxus. Und indem sie außerhalb der Normen der dreigliedrigen Internationalen Arbeitsorganisation agieren, fördern die Handelsabkommen den ungeregelten Fluss an WanderarbeitnehmerInnen und untergraben damit eben jene Institutionen, die diese ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung schützen sollen.

Die Korruption geißelt bis heute die Gemeinden; sie zerstört das Vertrauen in die Regierungen und stiehlt die Mittel, mit denen andernfalls viele Menschen mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden könnten. Die Mehrheit der Weltbevölkerung verfügt über keine zuverlässige öffentliche Versorgung mit Energie und sauberem und erschwinglichem Wasser. Doch die Handelspolitik unternimmt nichts, um die Finanzmärkte wieder zu regulieren und zu verhindern, dass eine kleine Elite weiterhin dermaßen hohe Gewinne einstreicht und zugleich die globale Wirtschaft destabilisiert.

Der Zeitpunkt für eine Versorgung der Gemeinden mit hochwertigen, für alle zugänglichen öffentlichen Diensten war jedoch noch nie so günstig wie heute. Die Einkünfte der Unternehmen wachsen nach wie vor. Doch mit zahnlosen und veralteten Steuergesetzen ist es nicht mehr möglich, diese Einkünfte für eine Finanzierung lebensnotwendiger öffentlicher Dienste wie Gesundheit, Bildung, Abfallentsorgung, Wasser- und Energieversorgung zu erfassen. Die globalen Konzerne, die sich für die Handelserleichterungen stark gemacht haben, profitieren davon, dass sie ihren fairen Anteil an Steuerabgaben umgehen können. Die gegenwärtige Handelspolitik unternimmt jedoch nichts, um diese Missstände zu beseitigen.

Der Wildwuchs an Freihandelsabkommen mag den mächtigsten Konzernen und Staaten zu lukrativen Reinerlösen verhelfen, doch diese Gewinne werden nicht umverteilt und sie erreichen nur selten jene, die sie am stärksten benötigen. Im Gegenteil: sie verschärfen die Ungleichheit. Selbst die WTO gesteht inzwischen - wenn auch nur widerwillig - ein, dass es im Freihandel Gewinner und Verlierer gibt.

Die nächste Generation an Handelsabkommen hat mit Zöllen nur wenig zu tun. Ihr Schwerpunkt liegt auf einer möglichst schrankenlosen Öffnung der Märkte für die großen Konzerne. De facto verhindern die neuen Handelsabkommen, dass demokratisch gewählte Regierungen ökologische, arbeitsrechtliche und soziale Standards aufrechterhalten, mit denen den Konzernen Einhaltung geboten werden könnte. Hinter diesen Abkommen steht darüber hinaus die Absicht, den Schutz der WanderarbeitnehmerInnen abzubauen und sie bar jeder Moral zur Ware zu reduzieren, die man auf den freien Märkten beliebig kaufen und verkaufen kann. Es ist erschreckend zu sehen, wie die Verhandlungsführer dieser Abkommen sämtliche Warnungen der Finanzkrise in den Wind schlagen und stattdessen das Verbot einer solchen Finanzregulierung durchsetzen wollen, mit der allein dafür gesorgt werden kann, dass die Finanzmärkte die Wirtschaft nie wieder lahm legen. Der Trend zur Schaffung von Konzernrechten, die über den Rechten der Bürger und Nationen stehen, insbesondere solcher, die von privaten Gerichten durchgesetzt werden, ist ein Skandal.

Damit der globale Handelsrahmen in den Augen der Mehrheit legitimiert ist, muss er so gestaltet sein, dass den universellen Rechten für eine menschliche Entwicklung Rechnung getragen wird. Er muss offen, ausgewogen und einschließend sein. Die Mitglieder der WTO müssen einen ersten Schritt tun, indem sie das der WTO in Doha erteilte Entwicklungsmandat würdigen.

### **Öffentliche Dienste dienen dem öffentlichen Wohl**

In Handelsabkommen, die sich auf Marktmechanismen konzentrieren und gewinnorientiert vorgehen, ist kein Platz für öffentliche Dienste. Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste sind dynamisch; sie entwickeln sich ständig weiter, um den sich ändernden Gegebenheiten, Technologien, politischen Prioritäten und sozialen Zielsetzungen gerecht zu werden. Die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Dienste bedeutet, dass die Regierungen den größtmöglichen politischen Spielraum haben müssen und über alle Regulierungswerkzeuge selbst verfügen. Öffentlich/private Mischformen steigern nur den Bedarf an politischem Handlungsspielraum und sind keine Basis für Einschluss. Weitgefaste öffentliche Dienste müssen in allen Handelsabkommen enthalten sein.

### **Regierungen müssen in der Lage sein, lebensnotwendige Dienste zu regulieren**

Das bestehende Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) darf nicht die Grundlage für eine Liberalisierung sein. Die GATS-Bestimmungen für den Marktzugang verbieten Vorschriften, welche im öffentlichen Interesse erlassen werden und für heimische und ausländische Firmen gleichermaßen gelten, um für finanzielle Stabilität, die Sicherheit der Verbraucher, ein öffentliches Gesundheitswesen, den Schutz der Umwelt und den universellen Zugang zu Bildung, Wasser, Energie und Transport zu sorgen. Das GATS schränkt außerdem heimische Regulierungen von Qualifizierungserfordernissen und –verfahren, technischen Standards und Genehmigungsvorschriften ein. Künftige Abkommen wie etwa das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (*Trade in Services Agreement - TISA*) dürfen die deregulierenden Bestimmungen, wie sie im GATS bereits bestehen, nicht ausweiten, sondern müssen sie zurückschrauben.

### **Erschwingliche Gesundheit und Medikamente anstelle von Patentmonopolen**

Die Doha-Erklärung zu öffentlicher Gesundheit und das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights - TRIPS*) bekräftigten erneut die im TRIPS-Abkommen vorgesehenen Flexibilitäten und ihren Einsatz für den Umgang mit den öffentlichen Gesundheitsbedürfnissen der WTO-Mitgliedsstaaten. Die Verhandlungen, die auf die Erklärung folgten, wurden jedoch abgeschlossen, ohne einen funktionierenden Mechanismus zu schaffen, mit dem sich die vereinbarten Rechte in einen echten Zugang übertragen ließen. Die Mitgliedsstaaten müssen den Beschluss vom 30. August 2003 revidieren, um den Rechtsanspruch von Artikel 31(f) des TRIPS aufzuheben, wie auch den 2005 folgenden Beschluss für eine Abänderung des TRIPS, und diese Beschlüsse dahingehend verbessern, damit sie auch wirklich durchführbar sind. Die Mitglieder sollten sich auf ein dauerhaftes Moratorium für Beschwerden im Zusammenhang mit Nichtverletzungen von TRIPS einigen und die permanente und bedingungslose Außerkraftsetzung der TRIPS-Verpflichtungen für die am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries - LDC*) beschließen.

### **Finanzielle Stabilität anstelle von finanzieller Deregulierung**

Die Deregulierung und Liberalisierungsbestimmungen der WTO für den Finanzdienstleistungssektor haben den Boden für die globale Finanzkrise bereitet. Doch während die G-20, die meisten Regierungen und selbst der IWF die Notwendigkeit für eine Neuregulierung der Finanzmärkte nun endlich anerkannt haben, behindern die GATS-Bestimmungen der WTO sämtliche Bemühungen, den Finanzsektor zu regulieren. Gegenwärtig würden die bei den GATS-Verhandlungen gemachten Vorschläge den heimischen Regulierungsbemühungen noch zusätzliche Einschränkungen auferlegen und den Anwendungsbereich für eine Deregulierung sogar noch ausweiten. Die gültigen GATS-Bestimmungen für Finanzdienstleistungen müssen unverzüglich geändert werden, und es darf bei der WTO zu keiner weiteren Deregulierung bzw. Liberalisierung dieser Dienste kommen. Bestehende und vorgeschlagene GATS-Regelungen müssen im Lichte der Finanzkrise revidiert und danach so definiert werden, dass allen Ländern der politische Handlungsspielraum zugesichert ist, damit sie makroprudentielle Maßnahmen<sup>1</sup> wie Kapitalverkehrskontrollen und Finanztransaktionssteuern einsetzen und andere finanzregulatorische und wohl überlegte Maßnahmen ergreifen können.

### **Handelsbestimmungen, die das Recht auf Nahrung unterstützen**

Essen ist keine bloße Ware wie jede andere. Nahrhaftes, sicheres und ausreichendes Essen ist ein Menschenrecht. Die ungezügeltere Deregulierung und Liberalisierung der Nahrungsmittelmärkte muten den Kleinbauern, Arbeitnehmern und Verbrauchern inakzeptable Preis- und Versorgungsschwankungen zu – mit katastrophalen Folgen für die Schwächsten der Welt. Maßlose Spekulationen auf den Rohstoffmärkten und globale Nahrungsmittelbestimmungen (die in erster Linie zugunsten der Agrarindustrie formuliert wurden), die Nahrungsmittel als ein Produkt für die Erwirtschaftung von Konzerngewinnen ausbeuten, dürfen nicht unterstützt werden. Die Entwicklungsländer müssen das Recht haben, Nahrungsmittel für die Armen zu subventionieren, auch in Form von Direktzahlungen an arme Bauern, wie sie bei den gegenwärtigen Verhandlungen von der Gruppe der G-33 für eine bessere Nahrungsmittelsicherheit vorgeschlagen wurden. Sie müssen ferner das Recht haben, die Einfuhrzölle zu erhöhen und andere Maßnahmen zu ergreifen, um den Lebensunterhalt der Bauern, die ländliche Entwicklung und die Nahrungsmittelsicherheit durch eine Form des besonderen Schutzmechanismus' (SSM) zu gewährleisten, die flexibler ist als die gegenwärtig von der WTO vorgeschlagene. Den an wenigsten entwickelten Ländern dürfen in der Landwirtschaft keine zusätzlichen Verpflichtungen auferlegt werden. Handelsbestimmungen müssen verändert werden, damit eine geeignete Regulierung der Rohstoffe ermöglicht und die exzessive Spekulation und Unbeständigkeit auf den globalen Märkten verhindert wird.

### **Die Arbeitsmigration darf nicht von Handelsabkommen reguliert werden**

ArbeitnehmerInnen sind keine Ware und dürfen in ihrer Bewegung nicht von Handelsabkommen reguliert werden. Anders als Waren und Dienstleistungen sind Menschen auf Institutionen angewiesen, die ihre Menschenrechte schützen. Die Kompetenz zur Regelung der Arbeitsmigration fällt ausschließlich in den Bereich der Normensetzung durch die dreigliedrige Internationale Arbeitsorganisation.

### **Die WTO ist nicht das Forum, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu beschließen**

Handelsliberalisierung und Expansion der Märkte können den Klimawandel nicht aufgreifen und sie tun es auch nicht. Für die WTO sind die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung kein zentrales Anliegen, weshalb es nicht sein darf, dass die WTO den politischen Spielraum der kompetenten Behörden für eine Lösung unserer Klimaprobleme einschränkt. Die TRIPS-Bestimmungen müssen geändert werden, um den Ländern die Verhandlung zusätzlicher Flexibilitäten für die Regelung des intellektuellen Eigentums im Rahmen des Technologietransfers zu ermöglichen, so auch in anderen multilateralen und mit dem Klimawandel befassten Einrichtungen. Maßnahmen gegen den Klimawandel dürfen nicht über den Mechanismus der Streitbeilegung der WTO angefochten werden. Bei der WTO darf keine neue „Klimawandel“-Politik eingeführt werden.

---

<sup>1</sup> Der Ausdruck „makroprudentiell“ (engl.: macroprudential) bezieht sich auf die Tätigkeiten einer Aufsichtsbehörde, deren Hauptaugenmerk auf den Finanzmarkt im Gesamten gerichtet ist. Das bedeutet, dass die aufsichtsrechtlichen Tätigkeiten auf den gesamten Markt abzielen.

### **Kein Freihandel ohne unabhängige Gewerkschaften und grundlegende Arbeitsrechte**

Das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen und ihnen beizutreten, Kollektivverhandlungen zu führen und zu streiken, ist ein Menschenrecht. Es gibt Länder, die unter dem Druck der Konzerninteressen dieses Recht unterwandern, um sich einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Mit Ländern, die gegen grundlegende Arbeits- und Menschenrechte verstoßen, gibt es keine gleichen und gerechten Wettbewerbsbedingungen, weshalb diese Länder so lange von den Vorteilen eines Freihandelsabkommens ausgeschlossen bleiben sollten, so lange die Verstöße anhalten.

### **Der Handel muss der Entwicklung dienen**

Der Handel muss den Entwicklungsländern als Werkzeug für ihre Entwicklung zur Verfügung stehen. Handel ist kein Selbstzweck. Wenn der Handel unter den gegebenen oder vorgeschlagenen Bestimmungen dazu führt, dass sich die armen Menschen und armen Länder nicht weiter entwickeln können, dann müssen neue Bestimmungen gefunden werden. Die WTO-Mitglieder sollten sich auf ein Abkommen einigen, das auf die 88 Vorschläge eingeht, die im Zuge der Vorverhandlungen gemacht wurden. Demnach sollen die Prinzipien der differenzierten Sonderbehandlung durchführbarer und effektiver gestaltet und die Ursprungsregeln vereinfacht werden, um den Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu verbessern; ferner wird vorgeschlagen, sämtlichen Produkten der am wenigsten entwickelten Länder einen unilateralen zoll- und quotenfreien Zugang zu gewähren, die Baumwollsubventionen ausnahmslos abzuschaffen und die Sonderregelung für die am wenigsten entwickelten Länder bei der Liberalisierung von Dienstleistungen auf unbestimmte Zeit zu verlängern.